

**GRÜNDO**  
GRÜNE in Dortmund

**AM 22. SEPTEMBER FÜR DORTMUND**



**MARKUS KURTH UND KATJA BENDER**

**ZUSAMMEN  
FÜR VIELFALT.**

**UND  
DU?**

Nr. 15  
JULI  
2013

[WWW.GRUENE-DORTMUND.DE](http://WWW.GRUENE-DORTMUND.DE)

## Liebe Freundinnen und Freunde,



es ist Sommer und am 22. September liegt die Bundestagswahl vor uns – genau 30 Jahre, nachdem DIE GRÜNEN zum ersten Mal in den Bundestag gewählt wurden. Und dann kommt gut ein halbes Jahr später Ende Mai 2014 die Kommunalwahl zusammen mit der Europawahl. Wir sind also wieder einmal für fast ein Jahr im Dauerwahlkampf – und wir alle sind selbstverständlich dabei.

Selbstverständlich? Viele von uns haben in den letzten Jahren mit manchem gehadert, was uns in der politischen Arbeit widerfuhr. Aber genau deshalb ist es wichtig, sich mal wieder an das zu erinnern, was wir durch viel Engagement und unermüdliches Kämpfen in den 30 Jahren u.a. im Bundestag erreicht haben.

„Ökologisch, sozial, gewaltfrei, feministisch, basisdemokratisch“ – das war und ist unsere politische Kernbotschaft.

Unsere ökologischen Anliegen sind umfassend in der Gesellschaft angekommen, unsere soziale Kompetenz hat sich geschärft, bei „gewaltfrei“ sind wir im Grundsatz einig, in keiner Partei sind so viele Frauen aktiv wie bei uns, die Quote funktioniert voll. Das allein sind schon dicke „Haben“-Punkte, aber es gibt etwas, worum uns die anderen Parteien mehr oder weniger offen beneiden:

Wir sind eine „Mit-mach-Partei“ – immer noch und mehr denn je. Unsere Basis hat Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin als Spitzenkandidatin und -kandidat gewählt. Unser Bundestagswahlprogramm (erarbeitet von Bundesvorstand, Bundestagsfraktion und Bundesarbeitsgemeinschaften) wurde nach dem Abarbeiten von 2600 (!) Änderungsanträgen am Ende der Bundesdelegiertenkonferenz in Berlin (vom 26. bis 28. April 2013) beschlossen. Zum Vergleich: Die CDU hat ein Programm, das 12 Leute von oben bestimmen und das dann der Parteitag absegnete.

Aber damit nicht genug: Wir als Basis haben entschieden, welche Themen im Falle einer Regierungsbeteiligung in den ersten 100 Tagen angegangen werden und damit auch Schwerpunkte im Wahlkampf sein sollen. Das Verfahren war aufwändig und kompliziert. 58 Schlüsselprojekte wurden den drei Themenblöcken Energiewende, Gerechtigkeit und Moderne Gesellschaft zugeordnet. Jedes Mitglied durfte jeweils drei Themen und einen Joker auswählen und per Briefwahl oder in einem bundesweiten Basisaktionstag bei uns am 8. Juni benennen. An dieser Abstimmung haben sich per Briefwahl 10.000 Mitglieder beteiligt, so wie wir in Dortmund haben es in 334 Kreisverbänden weitere 6000 Mitglieder gemacht.

In Dortmund haben wir an einem wunderschönen Sommertag im Eugen-Krautscheid-Haus die Bedeutung der Schlüsselprojekte diskutiert und gewichtet und uns für die Themen entschieden, die auch bundesweit für am wichtigsten gehalten werden:

### Energiewende

- 100 Prozent Erneuerbare Energien
- Massentierhaltung beenden
- Wohlstand neu definieren

### Gerechtigkeit

- Mindestlohn einführen
- 2-Klassen-Medizin abschaffen mit der Bürgerversicherung
- Schuldenbremse für Banken

### Moderne Gesellschaft

- Strikte Regeln für Rüstungsexporte
- Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld
- Rechtsextremismus bekämpfen

Und neben der intensiven Diskussion haben wir noch gut gegessen und viel miteinander geredet – es war ein erfolgreicher und guter Tag für die Basisdemokratie.

Dass auch wir GRÜNE immer wieder mal Strittiges aufarbeiten müssen ist selbstverständlich, besonders dann, wenn wir uns auch weiterhin als Mitmachpartei definieren. Nur so kann Politik wieder gewinnen und die Menschen ansprechen, die uns durch ihre Stimmabgabe tragen.

Für diese lebendige und nachhaltig entwicklungsfähige Partei lohnt es sich zu streiten – lasst uns für unsere Anliegen mit viel Einsatz und Spaß Wahlkampf machen – wir als GRÜNE haben uns das verdient.

Geben wir den Menschen viele gute Gründe, am 22. September GRÜN zu wählen.

Hilke Schwingeler  
Sprecherin des Kreisverbands Dortmund

# Inhalt

<b>ECHT SCHRÄG</b> Vorwort: Hilke Schwingeler	2
<b>KATJA BENDER</b> Ich kandidiere	4 – 6
<b>Acht Jahre Opposition, acht Jahre Regierungsvorbereitung!</b> Beobachtungen von Markus Kurth, GRÜNER Bundestagsabgeordneter für Dortmund • Rückblende	7
<b>MARKUS KURTH</b> Wir brauchen eine GRÜNE Wende!	8 – 9
<b>ZUWANDERUNG AUS SÜDOSTEUROPA</b> Armut bekämpfen und Integration fördern	10
<b>ENERGIEVERSORGUNG MUSS VOLLSTÄNDIG IN KOMMUNALE HAND</b> Energiewende jetzt	11
<b>SCHWARZ-GELB IM BUND UND DIE KONSEQUENZEN FÜR DORTMUND</b>	12
<b>DORTMUNDER STIFTUNG JUGEND UND DEMOKRATIE UNTERSTÜTZT DEMOKRATIE-PROJEKTE VON KINDERN UND JUGENDLICHEN</b>	13
<b>KIK &amp; CO. MÜSSEN VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN</b> Faire Arbeitsbedingungen und faire Preise in der Textilindustrie	14 – 15
<b>BEITRITTSERKLÄRUNG</b>	15
<b>TERMINE, KONTAKTE &amp; IMPRESSUM</b>	16





**Katja Bender**  
**ICH KANDIDIERE**

► Womit mein Interesse an Politik angefangen hat, kann ich nicht mehr genau sagen. Ich habe schon früh gelernt, mir eine Meinung zu bilden und diese auch zu vertreten. Ich bin in der festen Überzeugung aufgewachsen, dass die Welt veränderbar ist und man viele kleinere und einige große Ziele erreichen kann.



Das Gefühl, mit vielen anderen gemeinsam etwas erreichen zu können, empfinde ich als Bereicherung und Antrieb, aktiv zu werden und zu bleiben.

In den letzten Jahren wird immer deutlicher, dass unsere Gesellschaft auseinanderdrifft.

Die Nordstadt ist ein vielseitiger und interessanter Stadtteil und ich bin ganz bewusst nach meinem Studium hier wohnen geblieben. Ich bin überzeugt, dass es sich lohnt, um diesen Stadtteil und seine BewohnerInnen zu kämpfen. Es geht darum, die Menschen zu ermutigen, sich für ihre Umgebung zu engagieren und sie aktiv mitzugestalten.

Meine Arbeit im medizinisch-pädagogischen Bereich hat meine Aufmerksamkeit auf ein weiteres Thema gelenkt: Laut

einem Bericht von UNICEF ist die aktive Teilhabe der Eltern am Leben der Gesellschaft von zentraler Bedeutung für die Entwicklungschancen ihrer Kinder.

(<http://www.unicef.de/presse/2011/unicef-bericht-kinder-in-deutschland/>)

Es scheint, als ob in Familien aus sozial schwierigen Verhältnissen Eltern zum Teil den Zugang zu unserer Gesellschaft verloren haben. Eine Ursache hierfür könnte sein, dass Bildungschancen und -erfolge der Kinder stark von den Bildungsabschlüssen der Eltern abhängen. Das Gefühl abgehängt worden zu sein und kaum Chancen zu haben darf jedoch keine Basis sein, auf der Kinder erzogen werden!

Eltern brauchen Ermutigung und Hilfe, um ihren Kindern eine aktive Teilhabe vorzuleben, sich Ziele zu setzen und zu versuchen, diese zu erreichen.

Um an einer Veränderung dieser Situation mitzuwirken, bin ich 2009 den GRÜNEN beigetreten, denn Parteien bieten Strukturen und Möglichkeiten, Veränderungen zu gestalten und Konzepte voranzubringen.

Ich empfinde es seitdem als große Bereicherung, mich in Themen einzuarbeiten und Politik zu gestalten. Das ist mein Weg, für Chancengerechtigkeit zu kämpfen und andere dazu anzustiften, sich einzubringen.

Das von uns beschlossene Wahlprogramm bietet ein umfassendes, langfristig angelegtes Konzept für eine Gesellschaft, die keinen zurücklässt. Es wendet sich an alle, die mit uns der Meinung sind, dass es Zeit für einen solidarischen GRÜNEN Wandel ist.



Um gesellschaftlich etwas zu bewegen, ist es meines Erachtens wichtig, einen Blick auf die Situation von Frauen zu werfen, denn wir Frauen spielen in vielen Bereichen eine wichtige Rolle und von einer Chancengerechtigkeit sind wir im Moment noch weit entfernt.

Was ich von dem Betreuungsgeld halte, wird Sie nicht überraschen: NICHTS! Man könnte ebenso gut eine Prämie für Leute einführen, die nicht in die Oper, ins Theater oder in die Bibliothek gehen.

Betrachtet man das Betreuungsgeld der schwarz-gelben Regierung aus frauenpolitischer Sicht wird klar, wie absurd der zugrundeliegende Gedanke ist:



einrichtungen ist ein wichtiger Punkt in unserem Wahlprogramm, denn Armut ist nicht nur der Mangel an Geld, sondern auch der Mangel an Bildung und Förderung!

Kitas und Krippen bauen sprachliche Barrieren frühzeitig ab und gleichen eventuelle ungünstige Ausgangsbedingungen von Kindern aus. Für einen flächendeckenden Ausbau von Betreuungseinrichtungen fordern wir GRÜNEN daher, dass Bund, Länder und Gemeinden diese wichtige Aufgabe gemeinsam schultern und mehr Geld für eine verbesserte Bildungsinfrastruktur zu Verfügung stellen müssen. Wir wollen allen Kindern den Zugang zu frühkindlicher Bildung ermöglichen.

Frauenarbeit ist 100 % Wert

Frauen verdienen im Durchschnitt 22 Prozent weniger als Männer. Das bedeutet, eine Frau muss im Schnitt bis zum 21. März des Folgejahres arbeiten, um das gleiche Jahresgehalt wie ein Mann zu erreichen. Das sind 80 Tage. Zusätzlich kommen Männer häufiger in den Genuss von Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Gewinnbeteiligungen) und werden öfter befördert. Diese geschlechtsabhängige Lohnungerechtigkeit ist vielen Menschen nicht bewusst – oder sie wird sogar als Selbstverständlichkeit akzeptiert. Im Alter setzt sich diese Ungleichheit fort, indem Frauen deutlich häufiger von Alters-



“Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.”  
John F. Kennedy

Frauen. Der verzögerte oder verhinderte Wiedereinstieg in den Beruf treibt Frauen in die Abhängigkeit vom Partner oder vom Staat und verstärkt das Risiko der Altersarmut.

Die zur Zeit häufig beschworene Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie stellt das Betreuungsgeld eindeutig nicht her. Viele berufstätige Eltern sind dringend auf Kita- oder Krippenplätze angewiesen, weil sie es sich nicht leisten können, zuhause zu bleiben – aus finanziellen Gründen, oder weil es ihre berufliche Situation unmöglich macht. Solange das so ist, empfinde ich das Wort „Wahlfreiheit“ in diesem Zusammenhang als zynisch. Die Forderung nach einem qualitativen und quantitativen Ausbau der frühkindlichen und vorschulischen Betreuungs-

Es handelt hier um eine „Fernhalteprämie“, denn sie hält hochqualifizierte Frauen von der Erwerbsarbeit und Kinder von wichtiger frühkindlicher Bildung fern. So zementiert man alte Rollenmuster und setzt falsche Anreize für eigenständige Existenzsicherung von



WAHLKREIS 143  
DORTMUND II

Mengede  
Eving  
Scharnhorst  
Huckarde  
Innenstadt-Nord  
Brackel  
Innenstadt-West  
Innenstadt-Ost  
Lütgendortmund  
Aplerbeck  
Hombruch  
Hörde

UND DU?

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“  
Grundgesetz, Artikel 3  
Absatz 2 Satz 1

armut betroffen sind als Männer. Also packen wir's an, denn wir GRÜNEN stehen zu der Forderung: „**Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!**“

Männer teilen sich die Top-Positionen der deutschen Wirtschaft fast nur untereinander auf. Mit weniger als zwei Prozent in den Vorständen und neun Prozent in den Aufsichtsräten liegt der Frauenanteil deutlich unter dem, was im Grundgesetz verankert ist.

Führungsetagen dürfen keine Männerdomänen bleiben, wir können es uns nicht weiter leisten, das Potential und die Kompetenzen gut ausgebildeter Frauen zu ignorieren. Wir fordern deshalb eine 40-Prozent-Quote für Frauen in Aufsichtsräten deutscher Unternehmen.

Aber das kann nur ein Anfang sein: Wir brauchen mehr Frauen in den Vorständen, in Entscheidungspositionen und in den Chefetagen. Gemischte Führungsteams arbeiten effizienter und besser, da ihnen mehr Sichtweisen für Problemlösungen und Konzeptentwicklung zur Verfügung stehen.

Das Argument, es gäbe zu wenig ausreichend qualifizierte Frauen für die Quote, ist längst widerlegt:

Wir Frauen haben die Männer längst eingeholt und sogar überholt! Wir erwerben die besseren und höheren Bildungsabschlüsse. Warum spiegelt sich das nicht in den Chefetagen und bei den Führungspositionen wieder? Wenn es tatsächlich so ist, dass männliche Seilschaften immer noch den beruflichen Aufstieg von Frauen behindern, dann ist die Einführung einer Quote die einzig wirksame Antwort. Sie benachteiligt niemanden, sie setzt lediglich vorgeschriebene Gleichheitsprinzipien um und schafft Chancengleichheit.

Meiner Meinung nach würde die Quote einige erstrebenswerte gesellschaftliche Prozesse in Gang setzen, die unter der schwarz-gelben Regierung erheblich ins Stocken geraten sind. Dies sind unter anderem die Etablierung flexibler, familienfreundlicher Arbeitszeiten für Frauen und Männer, der flächendeckende Ausbau qualitativ guter Kinderbetreuung, Lohngerechtigkeit und die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen.

Ich möchte mit meiner Bundestagskandidatur anstiften und motivieren, den nächsten Schritt in Richtung moderne gerechte Gesellschaft zu wagen. ●

Eure



Katja Bender



# ACHT JAHRE OPPOSITION, ACHT JAHRE REGIERUNGSVORBEREITUNG!

Betrachtungen von Markus Kurth, GRÜNER Bundestagsabgeordneter für Dortmund • Rückblende

Bei der Bundestagswahl 2005 haben sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit 8,1 Prozent knapp behauptet, sind aber kleinste Fraktion im neuen Fünf-Parteiensystem und seit der Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen in keiner einzigen Landesregierung mehr vertreten. Bundespartei und Bundestagsfraktion stehen vor der schwierigen Aufgabe, eine kritische, aber nicht selbsterstörerische Aufarbeitung der rot-GRÜNEN Regierungszeit vorzunehmen. Die Bescheidwisser von der Hauptstadtjournalaille sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte im politischen Niemandsland.

## Nicht ganz acht Jahre später ...

... hat sich das Bild völlig gewandelt: Zum ersten Mal sind GRÜNE in allen 16 Landesparlamenten vertreten, an sechs Landesregierungen beteiligt und stellen sogar einen Ministerpräsidenten. Die gegenwärtigen Umfragen lassen darauf hoffen, im nächsten Bundestag drittstärkste Fraktion zu werden und die Merkel-Regierung abzulösen. Diese Aufbauleistung war das Ergebnis harter Arbeit vor Ort, in den Ländern und in der Bundestagsfraktion. Insbesondere mein Politikfeld, die Sozialpolitik und die Frage der Verteilungsgerechtigkeit war und ist häufig Gegenstand der Auseinandersetzung.

## Die erste Legislaturperiode nach 2005 ...

... war von einer dringend notwendigen Fehleranalyse und Korrektur der rot-GRÜNEN Sozialreformen geprägt. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Verbesserung der Förderung von Langzeitarbeitslosen, die Erhöhung des Regelsatzes, die Stärkung der Widerspruchsrechte der Betroffenen und

vor allem die Aussetzung der Sanktionen waren die wichtigsten programmatischen Veränderungen zur Grundsicherung, die nicht zuletzt auch durch meine Initiativen zustande kamen. Nach einer emotionalen, geradezu epischen Diskussion entschied sich die Parteitagsmehrheit 2007 für das Projekt einer angstfreien, existenzsichernden sowie unterstützenden Grundversicherung und gegen das Konzept eines „bedingungslosen Grundeinkommens“ (kurz: BGE). Allerdings gebührt den BefürworterInnen des BGE Respekt. Immerhin konnten sie 40 Prozent der Delegierten überzeugen. Ihre radikale Infragestellung der bestehenden Systeme sozialer Sicherung teile ich zwar nach wie vor so nicht, aber die Debatte ermöglichte es erst, die „Agenda-2010-Blockaden“ in der GRÜNEN Partei zu lösen.

## Die zweite und nun zu Ende gehende Wahlperiode ...

... stand ganz im Zeichen der Banken- und Finanzkrise. Zum ersten mal seit vielen Jahren findet eine breite öffentliche Debatte über das geradezu obszöne Ausmaß privaten Reichtums bei gleichzeitiger Armut breiter Bevölkerungsschichten sowie der öffentlichen Hand statt. Und zum ersten Mal seit Jahrzehnten ist diese Debatte nicht nur moralisch aufgeladen, sondern auch von funktionalen, ökonomischen und sozialen Fragen geprägt: Wie viel Ungleichheit verträgt eine Gesellschaft? Welche Vermögenskonzentration ist volkswirtschaftlich verkraftbar? Was kostet die Verfestigung von Armut und gesellschaftlichem Ausschluss? Kann es sich eine schrumpfende Gesellschaft leisten, einen nicht eben kleinen Teil der Bevölkerung einfach abzuhängen?

Es ist das Verdienst der GRÜNEN Partei, Antworten auf diese Fragen so zu suchen, dass mehr herauskommt als der übliche Alarmismus der Linkspartei. In einem mehrjährigen Prozess und auf drei Parteitagen haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zweierlei geschafft:

**Zum einen** existiert ein durchgerechnetes, wirtschaftlich machbares steuerpolitisches Konzept, in dem 90 Prozent der Bevölkerung entlastet werden (!) und in dem die Umverteilung gezielt dort vorgenommen wird, wo sie volkswirtschaftlich und ökologisch am meisten bewegt. So existieren bei der geplanten Vermögensabgabe höhere Freibeträge bei Betriebsvermögen (5 Millionen Euro statt einer Million), um kleine mittelständische Betriebe nicht zu überfordern.

**Zum anderen** hat die GRÜNE Partei den Ausgabenrahmen an die errechneten Steuermehreinnahmen gekoppelt. Niemand wird uns nachsagen können, wir versprechen mehr, als sich finanzieren ließe. In den internen Verteilungskämpfen die sozialen Projekte eingebracht und verteidigt zu haben, halte ich mir durchaus zugute. Natürlich ist man nie allein erfolgreich, doch bin ich schon zufrieden, dass die Anhebung des Regelsatzes für ALG II-Beziehende auf 420 Euro im Programm steht. Und zum ersten Mal haben wir klar beschlossen, dass die Assistenz für Menschen mit Behinderungen einkommens- und vermögensunabhängig zu leisten ist. Niemand soll allein wegen seiner behinderungsbedingten Bedarfe auf Sozialhilfe angewiesen sein.

Die programmatischen und organisatorischen Voraussetzungen zur Übernahme der Regierungsverantwortung im Bund waren noch nie so günstig. Wir sollten nicht vor den noch nicht optimalen Umfragewerten für Rot-GRÜN resignieren. Im Gegenteil: Mit acht Jahren gründlicher Regierungsvorbereitung im Rücken muss es heißen: Jetzt erst recht! Und das Champions-League Viertelfinalspiel Borussia Dortmund gegen FC Malaga hat gezeigt: Erst am Schluss wird abgerechnet.



**Markus Kurth**

**LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER,**

am 22. September entscheiden Sie über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestags. Sie entscheiden darüber, ob die Energiewende endlich angepackt wird. Darüber, ob Sie als Stromkunde oder -kundin die verbilligten Strompreise für die Industrie mitbezahlen. Darüber, ob mit Hilfe einer Vermögensabgabe das vermögendste Prozent der Bevölkerung zum Abbau der Staatsschulden beiträgt.

Für diese und viele andere Ziele kandidiere ich als Dortmunder GRÜNER Abgeordneter erneut für den Deutschen Bundestag. Als sozial- und behindertenpolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion habe ich in den letzten Jahren die umfangreiche Programmarbeit mitgestaltet. Von der kritischen Überarbeitung der „Hartz-Gesetze“ bis hin zur Entwicklung des Leitbilds einer Gesellschaft für alle (auch Inklusion genannt) habe ich zur inhaltlichen Erneuerung der GRÜNEN beigetragen. Dieser Prozess wurde natürlich auch breit von den Mitgliedern unterstützt: Keine andere Partei hat in den letzten sieben Jahren so umfassend Konzepte zur Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme erarbeitet wie wir.

GRÜNE Sozialpolitik hat zum Ziel, allen Menschen die freie, gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Und zwar unabhängig von Alter, sozialer Herkunft, Behinderung, Religion, Geschlecht oder anderen Zuschreibungen. Mit der Idee der Inklusion entwickeln GRÜNE die Vision einer Gesellschaft, die allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu notwendigen Ressourcen ebenso wie die Übernahme von (Selbst-) Verantwortung ermöglichen





soll. Um dieses Ziel zu erreichen, reicht es nicht, die Verteilung des Reichtums zu verändern, Barrieren abzubauen und Diskriminierung zu ächten. Wir benötigen auch eine Politik, die an den Fähigkeiten, Möglichkeiten und Wünschen der Einzelnen ansetzt, anstatt durch eine Einteilung der Menschen nach Defiziten die „Arbeitsmarktfernen“, „Schulversager“ oder „Behinderten“ aus dem System heraus zu produzieren.

### Wir brauchen eine GRÜNE Wende!

Die Sozialpolitik ist zwar mein Fachgebiet, aber längst nicht die einzige große Herausforderung, die vor uns liegt und die mich umtreibt. Nach wie vor schreitet die Erwärmung des Erdklimas voran – das so genannte „2-Grad-Ziel“ ist wohl kaum noch zu halten. Angesichts dessen ist die fortgesetzte Demontage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes durch die schwarz-gelbe Koalition und die Verschleppung der Energiewende mehr als fahrlässig. Der ökologische Countdown für die Menschheit tickt immer schneller – nur begriffen hat es offenbar keine andere Partei außer den GRÜNEN. Vom Artensterben über die Bodenerosion bis hin zur Vermüllung der Meere – in beängstigender Geschwindigkeit verringern sich die Lebenschancen einer wachsenden Weltbevölkerung. Eigentlich bedürfte es eines radikalen Wandels verbunden mit weitreichenden

Veränderungen unseres Lebensstils. Der durchschnittliche Fleischkonsum in Deutschland etwa ist nicht ansatzweise auf die ganze Weltbevölkerung übertragbar – abgesehen von der elenden Tierquälerei der Fleischindustrie. Wer glaubt, dass sich Europa und Deutschland von den Folgen der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen abkoppeln und abschotten können, irrt gewaltig.

Es sind die GRÜNEN in vielen Ländern der Erde, die eine andere Welt für möglich halten. Zuletzt hat sich in Japan eine GRÜNE Partei gegründet; in Kolumbien erhielt der Präsidentschaftskandidat der „Partido Verde“ 27 Prozent der Stimmen. Für uns GRÜNE in Deutschland ergibt sich auch daraus eine besondere Verantwortung: Wir wollen im Bund regieren, um den GRÜNEN Wandel voranzutreiben! Und darum bitte ich um beide Stimmen!

Mit freundlichen Grüßen

  
Markus Kurth

### Markus Kurth • Zur Person:

+++ Geboren 1966 in Bonn +++ Seit 16 Jahren Dortmunder +++ Verheiratet und Vater eines Sohns +++ Diplom-Politologe +++ Mehrjährige Berufserfahrung als Sozialwissenschaftler an der Uni Düsseldorf und als Bildungsmanager bei der Heinrich Böll Stiftung NRW +++ Seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags sowie sozial- und behindertenpolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion +++ Zuvor politische ehrenamtliche Arbeit in diversen Initiativen, als Kreisverbandssprecher in Dortmund und in der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziales +++ Mitgliedschaften u.a.: Beirat der Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen, Hauptausschuss des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Heinrich Böll Stiftung NRW +++ Mehr über mich unter: [www.markus-kurth.de](http://www.markus-kurth.de)



Integration funktioniert nur durch Qualifizierung und Bildung!



gung der Politik, der Verwaltung sowie der gesamten Dortmunder Stadtgesellschaft gelingen.

Wir (die GRÜNE Fraktion) haben deshalb im Rat der Stadt gefordert, dass die neuen ZuwanderInnen eine faire Integrationschance erhalten, damit sie für sich und ihre Familien den Lebensunterhalt selbst erwirtschaften können: Die Wirtschaftsförderung und die Sozialverwaltung sollen ein Konzept zur Qualifizierung und Erleichterung der legalen Arbeitsaufnahme der ZuwanderInnen erarbeiten. Gleichzeitig soll die Verwaltung einen Beschluss des Sozialausschusses schnellstmöglich umsetzen und damit zusätzliche Beratungen für ZuwanderInnen sowie Begleitung und Unterstützung bei Behördenangelegenheiten ermöglichen.

Wichtig ist uns GRÜNEN, dass die von den ZuwanderInnen bevorzugten Stadtbezirke und die dort lebende einheimische Bevölkerung besondere Unterstützung und Solidarität bei der Aufgabe der Integration bekommen. Die Verwaltung soll deshalb zeigen, welche weiteren Hilfen vor Ort wünschenswert und umsetzbar sind.

Populistische Panikmache verstärkt in gefährlicher Weise eine gesellschaftspolitische Abwehrhaltung gegenüber den ZuwanderInnen. Dabei werden Erinnerungen wach an eine historisch längst überholt geglaubte Haltung, die wir als Antiziganismus kennen. In unserem Antrag fordern wir den Rat deshalb auf, sich gegen alle rassistischen Versuche zu stellen, die einheimische Bevölkerung gegen die ZuwanderInnen auszuspielen. Stattdessen soll jedes zivilgesellschaftliche Engagement für ein friedliches und solidarisches Miteinander vor Ort unterstützt werden.

Es ist klar: Die Aufgabe der Integration können die Kommunen nicht allein lösen. EU, Bund und Land müssen den Prozess der Integration schnell – und auch finanziell – unterstützen. Und Integration funktioniert nur durch Qualifizierung und Bildung. ●

**Uta Schütte-Haermeyer** und **Saziye Altundal-Köse** sind Ratsmitglieder der GRÜNEN.

## ZUWANDERUNG AUS SÜDOSTEUROPA

### Armut bekämpfen und Integration fördern

► Menschen aus den neuen EU-Ländern kommen seit mehreren Jahren zu uns, besonders aus Rumänien und Bulgarien. 25.700 kamen 2011 aus diesen beiden Ländern nach NRW. In Dortmund lebten im Jahr 2006 insgesamt 573 Menschen aus Bulgarien und Rumänien. Ende 2012 waren es bereits 3110.

Viele von ihnen ziehen in die Nordstadt – vor allem wegen des günstigen Wohnraums und der vorhandenen Netzwerke. Sie haben ein Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union, und als eine der vier europäischen Grundfreiheiten nehmen sie das in Anspruch. Sie entfliehen damit oft unhaltbaren Zuständen in ihren Herkunftsländern.

Gleichzeitig führt der Zuzug auch in Dortmund zu vielschichtigen Problemen. Bis Ende dieses Jahres gilt ein Verbot der Aufnahme einer nicht-selbstständigen Tätigkeit. Viele der ZuwanderInnen sind so gezwungen, sich unter ausbeuterischen Bedingungen zu prostituieren. Viele von ihnen leben in menschenunwürdigen Wohnverhältnissen und haben keinen Krankenversicherungsschutz. Dazu kommt die prekäre Situation der Kinder und Jugendlichen.

Politik und Verwaltung in Dortmund versuchen seit Jahren gemeinsam mit vielen anderen Akteuren, die Situation der bisherigen ZuwanderInnen zu verbessern und kurzfristige Hilfe anzubieten:

- das Dortmunder Netzwerk EU-Armutswanderung,
- das Projekt der Integrierten Wohnungszugangsstrategie
- sowie das kommunale Handlungskonzept „Zuwanderung aus Südosteuropa“.

Diese Dortmunder Projekte sind beispielhaft, und so flossen viele Impulse aus Dortmund in den Bericht des Deutschen Städtetages zur Zuwanderung von EU-BürgerInnen aus Rumänien und Bulgarien sowie in das interkommunale KOMM-IN-Projekt.

### Weichen für die Integration stellen

2014 werden sich sowohl die soziale Situation der ZuwanderInnen als auch die Situation für die Stadt schlagartig ändern. Denn dann gilt die uneingeschränkte Freizügigkeit, und das Verbot sozialversicherungspflichtiger Arbeit fällt. Die Zahl der Menschen aus Rumänien und Bulgarien könnte weiter steigen. Wahrscheinlich wird eine große Gruppe von ihnen dauerhaft bleiben wollen – vor allem die, die in ihren Herkunftsländern keine Perspektive sehen und aufgrund ihrer Ethnie stark diskriminiert werden. Statt kurzfristiger Hilfen sind spätestens dann Maßnahmen zur schnellen, umfangreichen und zugleich nachhaltigen Integration gefragt. Aus Sicht der GRÜNEN kann dies nur unter Beteili-

HILFE!



# ENERGIEVERSORGUNG MUSS VOLLSTÄNDIG IN KOMMUNALE HAND

► Es geht um ein wichtiges Gut: die Energieversorgung der Stadt Dortmund. Ihre Zukunft steht in diesem Jahr im politischen Brennpunkt, denn am 31. Dezember 2014 läuft der bisherige Gesellschaftsvertrag für die DEW21 aus. Das bietet die einmalige Chance, die DEW21 komplett in kommunale Trägerschaft zu übernehmen. Der lokale Energieversorger DEW21 gehört derzeit zu 53 Prozent den Dortmunder Stadtwerken (DSW21); die anderen 47 Prozent sind Eigentum des Essener RWE-Konzerns.

Nun eröffnet sich die Möglichkeit, die Energieversorgung komplett in die kommunale Hand zu holen und damit die Energiewende tatsächlich voranzutreiben. Denn solange der Energieriese RWE, der den größten Teil seines Stroms aus Atomkraft und Kohle erzeugt, an DEW21 beteiligt ist, erscheint das absurd.

## Unser Ziel ist klar

Am liebsten wollen wir die Beteiligung der RWE an der DEW21 ganz beenden. Wegen seiner Energiepolitik ist der Essener Konzern mit Schuld am Klimawandel. Die Umkehr zur erneuerbaren Energie ist unumgänglich. Für eine konsequente Energiewende in Dortmund braucht es eine lokal gesteuerte Energieversorgung in öffentlicher Hand, gestützt auf dezentrale Erzeugung, kurze Netzwege und erneuerbare Energieträger. Ziel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes war es schließlich auch, die Monopolstellung der alten Stromkonzerne zu brechen und den Netzeintritt für die Produzenten erneuerbarer Energien zu fördern.

## Konsequente Kehrtwende bei der Energieversorgung

Fukushima hat uns die Risiken einer Atomstromversorgung noch einmal ganz deutlich vor Augen geführt. Aber auch Strom aus Kohle zu gewinnen, ist wegen der hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen und des relativ geringen Wirkungsgrads ökologisch nicht verträglich.

Dazu kommt die Frage, woher denn die Kohle kommt. Längst wird in NRW nicht mehr heimische Steinkohle verstromt, sondern Importkohle aus aller Welt. Häufig genug wird diese Kohle unter menschenunwürdigen Bedingungen

abgebaut und die Umwelt in den Förderländern nachhaltig zerstört.

Der endgültige Atomausstieg bis 2022 ist breiter Konsens. Den nötigen kommunalen Handlungsspielraum für diesen BürgerInnenwillen gibt es nur, wenn ausschließlich die DEW21 entscheiden kann (und diese sich über den Rat steuern lässt) – ohne dass ein Essener Energiemulti im Hintergrund seine Interessen durchsetzt.

Die DEW21 selbst betrachtet den Ausbau der erneuerbaren Energien „als besondere gesellschaftliche Verpflichtung“: Strom über Wasserkraft, Deponiegas, Fotovoltaikanlagen und eigene Windparks gehören zum Portfolio. Bis 2020 will sie rund 200 Millionen Euro investieren, um dann 25 Prozent des selbsterzeugten Stroms aus regenerativen Quellen zu gewinnen. Für die Stadt und die VerbraucherInnen wäre dies zudem wirtschaftlicher.

Das ist erheblich mehr als der gegenwärtige „Ertragswert“.

Die Zeit ging ins Land und kurz vor der Sommerpause wurde im Rathaus nun eine Vorlage eingebracht. Nach den Sommerferien muss der Rat entscheiden, für welches Szenario er den Auftrag mit RWE erteilt. Ein Beschluss mit weitreichenden Auswirkungen für die Stadt, den Haushalt, die kommunale Versorgung – und nicht zuletzt für die Inhaber diverser Aufsichtsratspöstchen. Alles weitestgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit, wie das Bündnis DEW-kommunal immer wieder richtigerweise anprangert.

## Farbe bekennen

Ob eine vollständige Rekommunalisierung unter diesen Bedingungen im Rat eine Mehrheit findet, wird sich zeigen. Denn Stadt, Stadtwerke, RWE und insbesondere die SPD sind nach wie vor eng verflochten. Schon 1992 drückten die damaligen SPD-Spitzenossen Zeidler, Samtlebe und Ziegler die Beteiligung der damaligen VEW (heute RWE) an der neu zu gründenden DEW21 in einer Geheimrunde durch und räumten der VEW erhebliche Vorteile ein. Damals wurde die Chance einer eigenen kommunalen Stromversorgung verpasst.

Vor diesem Hintergrund kann man skeptisch sein, ob die SPD-Fraktion ihren eigenen Parteitagebeschluss umsetzt und die Rekommunalisierung der DEW21 konsequent angeht oder aber das Beziehungsgeflecht mit dem RWE-Konzern weiter gepflegt werden soll.

Am Ende scheint es – mithilfe des Kostenarguments – darauf hinauszulaufen, dass der Energieriese RWE bei DEW21 im Boot bleibt. Vieles spricht dafür, dass die Stadt die 100-prozentige Übernahme gar nicht will. Wohl wissend, dass RWE mit dem Festhalten an zentralen Großkraftwerken eine ökologisch nachhaltige und dezentrale Stromerzeugung blockiert.

Die Verhandlungen mit RWE werden schwierig werden. Wir GRÜNE werden dabei das Ziel einer größtmöglichen Trennung von RWE konsequent weiterverfolgen. ●

## Welche Chancen gibt es?

Der Rat der Stadt Dortmund ließ in mehreren Gutachten verschiedene Szenarien prüfen – von der Fortsetzung des Status quo bis zur Verminderung der RWE-Beteiligung auf 33 oder 25,1 oder eben null Prozent. Außerdem ging es in den Gutachten darum, was denn eigentlich der RWE-Anteil an DEW21 wert ist. Laut Konsortialvertrag muss bei einer Nichtverlängerung für die Beteiligung der „Sachzeitwert zu Neuanschaffungspreisen“ an RWE gezahlt werden.



# SCHWARZ-GELB IM BUND UND DIE KONSEQUENZEN FÜR DORTMUND

► Die Bundestagswahl steht vor der Tür, und wir haben die Wahl: Sollen die Interessen von Hoteliers, Banken und Rüstungskonzernen weiter bedient werden? Oder sollen die Kommunen ihre verfallende Infrastruktur instand setzen können? Hierzu einige Beispiele und ihre Auswirkungen auf Dortmund:

## Das Bildungs- und Teilhabegesetz: Ein schwarz-gelbes Bürokratiemonster

Das Bundesverfassungsgericht urteilte: Die Regelsätze für ein menschenwürdiges Existenzminimum für Kinder müssen erhöht werden. Doch CDU und FDP führten zum 1. April 2011 Bildungsgutscheine für Kinder aus Hartz-IV-Haushalten und von Wohngeld-EmpfängerInnen ein. Mit dem sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket wurden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts schlicht verhöhnt. Rund 778 Millionen Euro werden hierfür jährlich aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt, und weitere 163 Millionen Euro für einen überbordenden Verwaltungsaufwand.

Allein in Dortmund wickeln 9 MitarbeiterInnen des Sozialamtes das Bildungs- und Teilhabegesetz ab. Auf den jährlichen Kosten von rund 450.000 Euro ist die Stadt bisher sitzen geblieben. Dabei gab es die meisten Leistungen schon vorher. Nur die Abwicklung wurde viel komplizierter. Doch das Deutsche Kinderhilfswerk urteilt: Eine Sozialleistung, die zwei Jahre nach ihrer Einführung so unzureichend bei den Kindern und Jugendlichen ankommt, hat ihre Berechtigung verloren. Dem kann man nur beipflichten.

## Eingliederungshilfen für Arbeitslose: Massive Einschnitte durch Schwarz-Gelb

Gleichzeitig hat die schwarz-gelbe Bundesregierung massiv die Eingliederungsbudgets für Arbeitslose beschnitten und damit die Leistungen im Hartz-IV-System gekürzt: 2011 um 20 Prozent und 2012 nochmals um 17 Prozent. Auch bei den passiven Leistungen wurde der Rotstift angesetzt.

Die Konsequenz im JobCenter Dortmund: In 2013 stehen nur noch rund 47 Millionen Euro für Beschäftigungsmaßnahmen zur Verfügung. Das sind fast 50 Prozent weniger als 2009. Oder anders formuliert: Rund 3.000 Qualifizierungsmaßnahmen konnten nicht durchgeführt werden. Und das bei einer Arbeitslosen-

quote von 13,3 Prozent (Stand: Mai 2013) oder 39.128 Betroffenen.

## Kahlschlag in der Städtebauförderung

Im Jahr 2010 kürzte der Bund die Städtebauförderung um zehn Prozent auf 615 Millionen Euro. In 2013 werden vom verantwortlichen Bundesminister Ramsauer/CSU nur noch 455 Millionen Euro eingestellt – obwohl eine von Raumsauer in Auftrag gegebene Studie 700 Millionen Euro für bedarfsgerecht hält. Rund 8 Euro an weiteren Investitionen löst jeder eingesetzte Euro Fördergeld in der Städtebauförderung aus. Doch das Erfolgsprogramm zur Bewältigung des Strukturwandels wird ausgeblutet. Ergebnis für Dortmund: Der Abschluss der City-Entwicklung wird immer weiter verschoben.

## Das Betreuungsgeld: Merkels Herdprämie

Ab dem 1. August werden die DortmunderInnen mit einer weiteren schwarz-gelben Wohltat „beglückt“: Das Betreuungsgeld kommt. Wer künftig seine ein- bis dreijährigen Kinder zu Hause betreut, erhält eine monatliche Prämie von 150 Euro je Kind. Zu erwarten ist, dass Kinder von der frühkindlichen Bildung in den Kitas ferngehalten und vor allem Frauen von der Erwerbsarbeit abgehalten werden. Für 2014 rechnet Schwarz-Gelb mit Ausgaben von etwa 1,2 Milliarden Euro. Unklar ist jedoch, ob es dabei bleiben wird. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) geht von zwei Milliarden Euro aus – weil nicht genügend Betreuungsplätze da sind, für die es ab dem 1. August 2013 einen Rechtsanspruch gibt. Doch statt mit 1,2 Milliarden Euro weitere 120.000 Kindergartenplätze zu schaffen, halten CDU/CSU und FDP an ihrem antiquierten neoliberalen und christlichen Weltbild fest. Und Dortmund muss allein für das Betreuungsgeld einen Verwaltungsaufwand von jährlich 150.000 Euro vorhalten. Geld, das als Zuschuss bei den freien Trägern der Kindertageseinrichtungen besser aufgehoben wäre.

## Vier Jahre Schwarz-Gelb: Klientelpolitik pur

Gleich zu Beginn hat die schwarz-gelbe Regierung Steuerbegünstigungen an ihre Klientel verteilt:

► Die Mehrwertsteuer für Hotels wurde gesenkt. Die Hotelsubvention kostet jetzt bereits rund 4 Milliarden Euro. Daraufhin haben viele Kommunen die sogenannte „Bettensteuer“ eingeführt, so auch Dortmund.

► Großen Konzernen wurde die Steuervermeidung über Zinszahlungen ins Ausland oder über Teilverlagerungen erleichtert. Rund 35,3 Milliarden Euro haben allein die schwarz-gelben Steuergesetze (Wachstumsbeschleunigungsgesetz, Steuervereinfachungsgesetz, Spitzenausgleich) gekostet. Damit wurden den Ländern 8,8 Milliarden Euro und den Kommunen 5,9 Milliarden Euro Einnahmen und damit Dortmund ca. 60 Millionen Euro vorenthalten.

► Die Bundesmittel für das Programm „Altersgerecht Umbauen“ hat die Merkel-Regierung gestrichen, trotz des anerkannt hohen Bedarfs. Merkels Regierung hat das Wohngeld drastisch gekürzt, den Heizkostenzuschuss abgeschafft, und die Mieterrechte abgebaut. Für Hartz-IV-Empfänger wird seit 2011 kein Rentenbeitrag mehr gezahlt.

Merkels Bilanz: Immer mehr Menschen sind arm trotz Arbeit. Und das bleibt nicht ohne Folgen für Dortmund.

**Daher: Am 22. September GRÜN wählen.**

Mario Krüger ist Landtagsabgeordneter der GRÜNEN.





**DORTMUNDER STIFTUNG  
JUGEND UND DEMOKRATIE  
UNTERSTÜTZT DEMOKRATIE-  
PROJEKTE VON KINDERN  
UND JUGENDLICHEN**

► Zu viele Menschen haben sich aus unserem System schon komplett verabschiedet – und das gefährdet unsere demokratische Kultur. Der Jugendring Dortmund hat deshalb im November letzten Jahres die Dortmunder Stiftung Jugend und Demokratie gegründet. Jetzt wurden erste Projekte ausgezeichnet.

Die Stiftung versteht sich als Bündnis von Jugendhilfe, Politik, Wirtschaft und Jugendlichen und wird von namhaften Dortmunder Bürgerinnen und Bürgern unterstützt. Ihre gemeinsame Annahme: **Demokratie ist kein fester Besitz, sondern muss dauerhaft wieder hergestellt werden.** Ihre Konsequenz: Demokratieförderung muss wieder stärker und bewusster zu einem Anliegen der Bürgergesellschaft werden!

In diesem Sinne will die Gemeinschaftsstiftung „Dortmunder Stiftung Jugend und Demokratie“ Projekte und Aktionen finanzieren, die Kindern und Jugendlichen Demokratie als etwas Wertvolles

und Erstrebenswertes erfahrbar machen. Die Projekte und Aktionen sollen Teilhabe einfordern, Demokratie gestalten und Engagement fördern.

### Erste Ausschreibung

Gleich nach der Gründung schrieb die Stiftung einen Wettbewerb aus mit dem Titel „Mischt Euch ein, gestaltet mit! 500 Euro für Euer Projekt!“ und vergab dreimal 500 Euro für Demokratieprojekte aus den Bereichen Schule, Jugendarbeit und Stadtteil. Gewonnen haben

- eine Gruppe, die junge Frauen für die Politik begeistern und gewinnen will,
- eine Gruppe, die gegen Rassismus und für Toleranz und Demokratie eintritt
- und eine Gruppe, die ein Online-Beteiligungsforum initiiert.



... wendest dich an die Stiftung mit guten Ideen, Aktionen und Projekten.

... kannst die Stiftung unterstützen und StifterIn für die Dortmunder Stiftung Jugend und Demokratie werden.

### WEITERE INFOS

[www.stiftung-jugend-demokratie.de](http://www.stiftung-jugend-demokratie.de)

### KONTAKT

**Jugendring Dortmund**  
Stefanie Schneider (Geschäftsführerin)  
Friedhof 6-8  
44135 Dortmund  
Tel.: 0231/52 40 73  
[info@jugendring-do.de](mailto:info@jugendring-do.de)



## FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN UND FAIRE PREISE IN DER TEXTILINDUSTRIE KIK & CO. MÜSSEN VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Zum wiederholten Mal kam am 24. April zu einem dramatischen Unglück mit zahlreichen Opfern in einer asiatischen Textilfabrik. In Savar in Bangladesch starben im Mai beim Einsturz einer Textilfabrik über 1127 Menschen. Im letzten Jahr kamen bei einem Brand in einer Textilproduktionsfirma in Dhaka mindestens 112 Menschen ums Leben, ebenso viele Menschen starben bei einem Brand in einer Textilfirma im pakistanischen Karatschi.

Die Verantwortung für unhaltbare Zustände in abbruchreifen Fabriken unter schlechtesten Arbeitsbedingungen und fehlenden Brandschutzauflagen tragen zwar zunächst die Produzenten auf den jeweiligen Märkten. In Savar waren ArbeiterInnen gezwungen worden, in einem Gebäude zu arbeiten, das offensichtlich einsturzgefährdet war, in Dhaka waren die Ausgänge verriegelt worden. Die Verantwortung liegt allerdings auch bei den Unternehmen, die mit ihrem Geschäftsmodell – billigster Einkauf auf asiatischen Märkten, mangelnde Kontrolle, keine Verankerung von internationalen Standards in den Lieferverträgen – ihre Marktmacht nicht für eine Verbesserung der Produktionsbedingungen einsetzen, sondern die Katastrophen billigend in Kauf nehmen.

### Savar und Dortmund hängen zusammen

Mit Kik hat eines der Unternehmen, das in Südasien Billigtextilien für den europäischen Markt produzieren lässt, seinen Sitz in Bönen in NRW, nur wenige Kilometer von Dortmund entfernt.

Nach dem Unglück in Savar, behauptete Kik zunächst, keine Geschäftsbeziehungen zu der betroffenen Textilfabrik Rana Plaza in Savar unterhalten zu haben, musste diese Aussage jedoch zurücknehmen, nachdem Textilien mit Kik-Schildern in den Trümmern der Fabrik aufgetaucht waren.

### Unternehmensverantwortung – nur Image-Kosmetik?

Wie viele Unternehmen hat Kik einen Verhaltenskodex (Code of conduct oder corporate social responsibility, CSR). Angesichts der eingangs geschilderten Fälle stellt sich jedoch die Frage, inwieweit das Unternehmen den eigenen Standards, die in seiner CSR-Strategie festgehalten sind, gerecht wird.

Denn Tatsache ist: Es bleibt der begründete Verdacht, dass entgegen anderslautender Aussagen keine nachhaltigen unabhängigen Kontrollen der Produktionsorte stattfinden, statt dessen Gewerkschaften bei ihrer Arbeit behindert werden, Arbeitsschutzbestimmungen nicht eingehalten werden. Nicht einmal die gezahlten Löhne sind vor Ort existenzsichernd.

Hinzu kommt noch ein ökologisches Problem: Mehrfach wurde ein hoher Schadstoffgehalt im Sortiment von Kik gemessen, der die Näherinnen in Bangladesch genauso belastet wie die KonsumentInnen in Deutschland.

Ein Erfolg lässt sich allerdings nach dem Unglück in Savar verzeichnen: Seit Jahren versuchen die in einer Kampagne für „Saubere Kleidung“ zusammengeschlossenen NGOs ein internationales Brandschutz- und Gebäudeabkommen durchzusetzen. Nach der Katastrophe in Savar wuchs der Druck auf die Unternehmen so an, dass nach Tchibo und C&A, die bereits vor längerem unterzeichnet hatten, mehrere große Textilhändler unterschrieben – und ganz am Ende sogar Kik seine Unterschrift ankündigte.

### Der Protest regt sich

Das Geschäftsgebaren von Kik widerspricht allen Standards, die wir von einem guten Unternehmen erwarten. Doch es zeigt sich auch ein vielfältiger Protest. Die Kampagne für saubere Kleidung koordiniert seit Jahren den Widerstand gegen ausbeuterischen Textilhandel, die Redaktion des ARD-Magazins Panorama hat mehrfach über die Zustände in Textilfabriken, aber auch in den deutschen Kik-Filialen berichtet und öffentliche Diskussionen in Gang gesetzt.

Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat vor kurzem eine Beschwerde unter anderem gegen Kik bei der OECD eingereicht, die zu einem Vermittlungsverfahren, zu besseren Brandschutzmaßnahmen und zu angemessener Entschädigung der Opfer führen soll. Am Hauptsitz von Kik in Bönen finden immer wieder Protestaktionen auch mit GRÜNER Beteiligung statt. Und natürlich kümmern wir uns auch in der Landtagsfraktion um dieses Thema. Unmittelbar nach der Brandkatastrophe Ende letzten Jahres in Dhaka habe ich Kik angeschrieben und um ein Gespräch gebeten. Während das Gespräch hinter verschlossener Tür noch zustande kam, lehnt Kik eine Teilnahme an einer öffentlichen Veranstaltung jedoch ab – mit Verweis darauf, dass ein fairer Dialog mit GRÜNEN nach der Anzeige des MdB Uwe Kekeritz bei der OECD nicht mehr möglich sei....

### Was muss sich ändern?

Wir Verbraucherinnen und Verbraucher können beim Kauf von Textilien auf Gütesiegel achten, die hohe Sozial- und Umweltstandards anstreben. Wir können unseren Konsum reduzieren und beim Kauf von neuen Kleidungsstücken auf dessen Langlebigkeit achten. Die Christliche Initiative Romero hat zahlreiche „grüne“ Modelabels unter die Lupe genommen ( [www.gruenemode.org](http://www.gruenemode.org)).



Doch wenn sich die Arbeitsbedingungen für die Textilarbeiterinnen in Südostasien tatsächlich verbessern sollen, dann müssen die internationalen Unternehmen ihrer Verantwortung gerecht werden. Es darf keine Geschäftsmodelle geben, die Menschenrechtsverletzungen billigend in Kauf nehmen.

Die Unternehmen müssen Konsequenzen aus der Katastrophe ziehen. Dies bedeutet insbesondere, die Ursachen der Katastrophen lückenlos aufzuklären und die Angehörigen der Opfer angemessen zu entschädigen. Unternehmen müssen die ArbeitnehmerInnen vor Ausbeutung und menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen schützen und die Gründung von

ArbeitnehmerInnen-vereinigungen vor Ort zulassen. Produktions- und Zulieferbedingungen müssen sich grundlegend verändern und in Einklang mit den internationalen Arbeitsnormen gebracht werden. Verbraucherinnen und Verbraucher haben einen Anspruch darauf zu erfahren, welche sozialen und sicherheitstechnischen Regelungen die Unternehmen bei der Auftragsvergabe zur Bedingung machen und unter welchen Bedingungen die Textilien, die sie kaufen, hergestellt wurden. Nicht zuletzt haben sie eine enorme Marktmacht, die sie ethisch einsetzen können.

Und auch die Städte und Gemeinden müssen ihre Verantwortung ernst nehmen, indem sie bei der öffentlichen Beschaffung

von Produkten die Bedingungen berücksichtigen, unter denen diese hergestellt wurden. Das Tariftreue- und Vergabegesetz, das wir im letzten Jahr auf den Weg gebracht haben, bindet öffentliche Aufträge an die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards. Wie notwendig dies ist, zeigen die Katastrophen in der Textilindustrie einmal mehr.

**Daniela Schneckenburger**  
ist Landtagsabgeordnete der GRÜNEN

## BEITRITTSERKLÄRUNG



### Hiermit beantrage ich meinen Beitritt zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(bitte deutlich in Druckbuchstaben)

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Geschlecht  weiblich  männlich

Straße/Hausnr. \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon/Fax \_\_\_\_\_

Handy \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Beruf \_\_\_\_\_

geboren am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_

Staatsangehörigkeit \_\_\_\_\_

**Wird vom Vorstand ausgefüllt:** Mitgliedsnummer \_\_\_\_\_

Aufnahmedatum \_\_\_\_\_

Unterschrift Vorstand \_\_\_\_\_

### Mitgliedsbeitrag:

Der Mitgliedsbeitrag ist ein wichtiges Fundament zur Finanzierung unserer politischen Arbeit. Gemäß der Beitragsordnung zahlen Mitglieder mit steuerpflichtigem Einkommen mindestens 1 % ihres monatlichen Nettoeinkommens. Von diesem Betrag werden 50% von der Steuer zurückerstattet! Mitglieder ohne steuerpflichtiges Einkommen werden gebeten, mindestens 6 € im Monat zu zahlen. Ausnahmen hiervon können beim Vorstand beantragt werden.

Ich zahle laut Beitragsordnung einen festen Mitgliedsbeitrag von monatlich \_\_\_\_\_ €

**Ich zahle:**  quartalsweise  halbjährlich  jährlich im voraus.

**Ermächtigung zum Einzug mittels Lastschrift** (macht uns das Leben leichter). Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerruflich, den Mitgliedsbeitrag mittels Lastschrift zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank \_\_\_\_\_

BLZ \_\_\_\_\_

KTO-Nr. \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

### Daten:

Ich bin damit einverstanden, dass diese Daten im Rahmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verarbeitet und gespeichert werden.

Ort, Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

# FRAGEN? ANREGUNGEN? LUST POLITIK IN DORTMUND MITZUGESTALTEN?

Sprecht uns an – wir freuen uns auf euch!

## BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund  
Tel.: 0231/12 11 71 · Fax.: 0231/12 11 64  
E-Mail: [info@gruene-dortmund.de](mailto:info@gruene-dortmund.de)  
Internet: [www.gruene-dortmund.de](http://www.gruene-dortmund.de)  
Öffnungszeiten: MO von 11.00 bis 15.00 Uhr  
DO von 11.00 bis 19.00 Uhr

Kreisgeschäftsführerin: Martina Müller  
Mitarbeiter: Gerrit Stadthaus

## GRÜNE Jugend Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund  
E-Mail: [info@gjdo.de](mailto:info@gjdo.de) · Internet: [www.gjdo.de](http://www.gjdo.de)  
Ronja Fluere (Sprecherin)  
Gustav Berger (Sprecher)

## BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund  
Tel.: 0231/50 220 78 · Fax.: 0231/50 220 94  
E-Mail: [fraktion@gruene-do.de](mailto:fraktion@gruene-do.de)  
Internet: [www.gruene-dortmund.de](http://www.gruene-dortmund.de)

### AnsprechpartnerInnen im Büro:

Sabine Pezely Fachbereiche Ökologie, Stadtplanung, Wirtschaft und Kultur  
Stefan Neuhaus Fachbereiche Sozialpolitik, Schule, Kinder und Jugend  
Manuela Meyer Büromanagement

## TERMINE

- |                  |                       |  |
|------------------|-----------------------|--|
| SA 3. August     | • 11 Uhr              | -> KUNDGEBUNG GEGEN RECHTS, Marktplatz Huckarde  |
| SA 24. August    | • ganztägig           | -> CHRISTOPHER STREET DAY, Reinoldikirchplatz  |
| SO 25. August    | • ganztägig           | -> FAHRRADTOUR ENTLANG DER SESEKE  |
| SA 31. August    | • ganztägig           | -> ANTI-NAZI-DEMO, mit Volker Beck   |
| MI 4. September  | • 19.30 bis 21.30 Uhr | -> JÜRGEN TRITTIN KOMMT (nähere Infos demnächst auf <a href="http://www.gruene-dortmund.de">www.gruene-dortmund.de</a> ) |
| FR 6. September  | • ab 20.00 Uhr        | -> OPEN AIR KINO, Westpark mit Markus Kurth  |
| FR 13. September | • 11 bis 12.30 Uhr    | -> KATRIN GÖRING-ECKARDT KOMMT, Nordmarkt  |
| SA 14. September | • ganztägig           | -> ZENTRALE DEMO „UMFAIRTEILEN“, Bochum  |
| DI 17. September | • nachmittags         | -> GRÜNE JUGEND HOCHTOUR, Reinoldikirchplatz   |
| FR 20. September | • 13 bis 15.00 Uhr    | -> KOCHEN MIT BÄRBEL HÖHN, Reinoldikirchplatz  |

## PODIUMSDISKUSSIONEN

- |                  |                 |  |
|------------------|-----------------|--|
| SA 24. August    | • 14 bis 18 Uhr | -> CHRISTOPHER STREET DAY, Reinoldikirchplatz, mit Markus Kurth                            |
| DO 29. August    | • 19 bis 21 Uhr | -> WESTFÄLISCHER INDUSTRIECLUB, Markt, mit Markus Kurth                                    |
| DO 5. September  | • 17.00 Uhr     | -> IG METALL HÖRDE, Haus Hemsath, Berghofen, mit Katja Bender                              |
| MO 9. September  | • 10 bis 12 Uhr | -> KÄTHE-KOLLWITZ-GYMNASIUM, WAHL GANG, mit Katja Bender                                   |
| DI 10. September | • 18 bis 21 Uhr | -> AGAD E.V., IHK, Märkische Straße 120, mit Markus Kurth                                  |
| MI 11. September | • 10 Uhr        | -> RING POLITISCHER JUNGEND DORTMUND, Fritz-Henßler-Haus, mit Markus Kurth                 |
| DO 12. September | • 10 Uhr        | -> RING POLITISCHER JUNGEND DORTMUND, Fritz-Henßler-Haus, mit Katja Bender                 |
| DO 12. September | • 19 bis 21 Uhr | -> PODIUMSDISKUSSION DER EVANGELISCHE KIRCHE, Reinoldinum, mit Markus Kurth                |
| DO 19. September | • 18 Uhr        | -> IG METALL SCHARNHORST, Städtischer Saalbau Scharnhorst, Gerader Weg 1, mit Katja Bender |

## INFOSTÄNDE IN DER INNENSTADT

- |                  |               |                                   |
|------------------|---------------|-----------------------------------|
| FR 30. August    | • nachmittags | -> Reinoldikirchplatz             |
| SA 31. August    | • ganztägig   | -> Reinoldikirchplatz             |
| FR 6. September  | • nachmittags | -> Reinoldikirchplatz             |
| SA 7. September  | • ganztägig   | -> Alter Markt vor Karstadt Sport |
| FR 13. September | • nachmittags | -> Platz von Netanya              |
| SA 14. September | • ganztägig   | -> Alter Markt vor Karstadt Sport |
| SA 21. September | • ganztägig   | -> Reinoldikirchplatz             |
- ... und dazu jede Menge weitere Infostände in den Stadtbezirken!

## UND ZUM SCHLUSS:

- |                  |          |            |                        |
|------------------|----------|------------|------------------------|
| SO 22. September | • 18 Uhr | -> Rathaus | -> BUNDESTAGSWAHLPARTY |
|------------------|----------|------------|------------------------|

IMPRESSUM: GRinDo ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Dortmund • Königswall 8 • 44137 Dortmund (Herausgeber)  
Tel. 0231 - 12 11 71 • [info@gruene-dortmund.de](mailto:info@gruene-dortmund.de)

V. I. S. D. P.: Hilke Schwingeler (Sprecherin) und Remo Licandro (Sprecher).

FOTOS: Gerd Schmedes (3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 15, 16), GRÜNE Dortmund (2),  
Benito Barajas (1, 4, 8, Plakatmotive) [Seite 13: SUPER BRUNO von BELIN /  
Langestraße 83/Albrechtstraße 1 / Infos: <http://44309streetartgallery.net>]

REDAKTION: Jens Woelki

LAYOUT & TITEL : Gerd Schmedes -> gabak artistic advice 

DRUCK: Druckwerk Kollektiv GmbH, Dortmund

AUFLAGE: 3.000 Exemplare • Die Abgabe ist kostenfrei.

